

Sammelbericht

des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen

über die Petitionen Nr. 3 bis 7 und 20 sowie über die Bürgerinitiativen Nr. 1 bis 16, 18 bis 20 sowie 23 bis 41

Inhaltsverzeichnis

I. Der Berichtspflicht unterliegende Petitionen und Bürgerinitiativen

1. Petitionen

Petition Nr. 3/PET

- „Österreich/Wien-Ost/ geplante S 1 (Wiener Außenring Schnellstraße) - S 1-Spange-Stadtstraße“ 6

Petition Nr. 4/PET

- „USt. (Umsatzsteuer) -Option-Ungleichbehandlung abstellen“ 7

Petition Nr. 5/PET

- „Änderung des Versicherungsgesetzes 1953 (Art. 9); Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes 1992 (Art. 10); Änderung des Normverbrauchsabgabengesetzes 1991 (Art. 12)“ 7

Petition Nr. 6/PET

- „Schutz der heimischen Fischbestände und Erhalt der Artenvielfalt in den österreichischen Gewässern“ 8

Petition Nr. 7/PET

- „Sicheres Jochberg - Nein zur Schließung der Polizeiinspektion“ 8

Petition Nr. 20/PET

- „Blindenhunde als medizinischer Rehabilitationsbehelfe“ 9

2. Bürgerinitiativen

Bürgerinitiative Nr. 5/BI

- „Solidarität mit der Region Niederösterreich Süd - Für ein weiteres Erstaufnahmezentrum im Süden Österreichs zur Entlastung von Traiskirchen“ 10

Bürgerinitiative Nr. 6/BI

- „Ergänzung des § 46 (1) Schulorganisationsgesetz“ 11

Bürgerinitiative Nr. 8/BI

- „Erhaltung der Hausapotheke der Landarztstelle in der Marktgemeinde Grafenegg zur Sicherung der ärztlichen Nahversorgung“ 12

Bürgerinitiative Nr. 10/BI

- „Schrottverwertungsanlage im Siedlungsgebiet“ 13

Bürgerinitiative Nr. 12/BI

- „Zentralmatura verschieben“ 14

Bürgerinitiative Nr. 14/BI

- „Überführung des Pensionsversicherungssystems der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten (Wohlfahrtseinrichtungen) in das staatliche Pensionsversicherungssystem Freiberufliches Sozialversicherungsgesetz“ 15

Bürgerinitiative Nr. 20/BI

- „die Absenkung des Mindestalters von 21 Jahren auf 18 Jahre bei der Familienzusammenführung von Ehegatten/innen und eingetragenen Partnern/innen unter Beteiligung von Drittstaatsangehörigen“ 16

Bürgerinitiative Nr. 23/BI

- „Lückenschluß Lärmschutz an der Inntal Autobahn A 12 im Gemeindegebiet von Volders“ 17

Bürgerinitiative Nr. 24/BI

- „Änderung des passiven Wahlrechts in der ÖH (*Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft*) für Nicht-EWR (*Europäischen Wirtschaftsraum*) -Studierende“ 18

Bürgerinitiative Nr. 27/BI

- „Saatgutrichtlinie - Nein Danke“ 19

Bürgerinitiative Nr. 28/BI

- „Faire Bezahlung für Zivildienstleistende! Verkürzung des Zivildienstes!“ 20

Bürgerinitiative Nr. 29/BI

- „Volksgruppenschutz“ 21

Bürgerinitiative Nr. 30/BI

- „Österreich braucht Hufpfleger“ 21

Bürgerinitiative Nr. 31/BI

- „den Erhalt und die Förderung der Sicherheit der Bevölkerung durch Aufrechterhaltung der Polizeiinspektionen im Bezirk Oberpullendorf“ 22

Bürgerinitiative Nr. 32/BI

- „den Erhalt und die Förderung der Sicherheit der Bevölkerung durch Aufrechterhaltung der Polizeiinspektionen im Bezirk Oberpullendorf, insbesondere in Kobersdorf“ 22

Bürgerinitiative Nr. 33/BI

- „Für den Erhalt der direkten Zugverbindung Lienz-Innsbruck“ 23

Bürgerinitiative Nr. 34/BI

- „Dienstrechts-Novelle 2013 - pädagogischer Dienst“ 23

Bürgerinitiative Nr. 35/BI

- „Für die Beibehaltung der BAKIP (*Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik*) 21 ab 14 = Gegen die Abschaffung der 5-jährigen Ausbildung an der BAKIP21“ 24

Bürgerinitiative Nr. 36/BI

- „Aufhebung der Dienstrechts-Novelle 2013 - Pädagogischer Dienst ("neues Lehrerdienstrecht") und Gestaltung eines modernen, attraktiven und leistungsorientierten Lehrerdienstrechts" 24

Bürgerinitiative Nr. 37/BI

- „Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes 1992 (Artikel 10), Änderung des Normverbrauchsabgabengesetzes 1991 (Artikel 12) und Änderung des Versicherungssteuergesetzes 1953 (Artikel 9) ” 25

Bürgerinitiative Nr. 38/BI

- „Für eine Hausapotheke am Weerberg ” 25

Bürgerinitiative Nr. 39/BI

- „ ‚Ja‘ zur Sicherheit – ‚Nein‘ zu Schließungen von Polizeiinspektionen ” .. 26

Bürgerinitiative Nr. 40/BI

- „Förderung der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe und des extensiven Grünlandes im Rahmen der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik” 26

Bürgerinitiative Nr. 41/BI

- „landärztliche Versorgung der Gemeinde Rinn mit einer Kassenarztstelle, gegen den Abzug der Gesundheitsversorgung aus dem ländlichen Raum ” 27

II. Zuweisungen**Bürgerinitiativen****Bürgerinitiative Nr. 1/BI**

- „Soziale Arbeit ist mehr wert!” 28

Bürgerinitiative Nr. 2/BI

- „Finanzielle Gleichstellung der Schulen in freier Trägerschaft mit den konfessionellen Privatschulen. GLEICHHEIT FÜR ALLE SCHULKINDER!” 29

Bürgerinitiative Nr. 3/BI

- „"Wir wollen mitbestimmen" - Bürgerinitiative für mehr Schüler/innen-mitbestimmung und Schuldemokratie” 30

Bürgerinitiative Nr. 4/BI

- „Demokratie macht Schule - MEINE MEINUNG ist nicht wuascht!” 31

Bürgerinitiative Nr. 7/BI

- „österreichische Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler” 32

Bürgerinitiative Nr. 9/BI

- „Aufrechterhaltung und Aufwertung von Betrieb und Infrastruktur der Bahnlinie Oberwart-Friedberg als wichtige Eisenbahnverbindung des Südburgenlands nach Wien” 33

Bürgerinitiative Nr. 11/BI

- „Direktwahl der Landes- und Bundesschülervertretung durch die Oberstufenschüler/innen der österreichischen AHS, BMHS und BS” 34

Bürgerinitiative Nr. 13/BI

- „Barrierefreiheit als Pflichtfach ” 35

Bürgerinitiative Nr. 15/BI

- „Wiedergutmachung des Unrechts in der Fürsorge- und Heimerziehung” 36

Bürgerinitiative Nr. 16/BI

- „Erhaltung und Erleichterung der freien Studienwahl” 37

Bürgerinitiative Nr. 18/BI

- „Kampf gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie sowie gegen Homophobie” 38

Bürgerinitiative Nr. 19/BI

- „Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches "Politische Bildung" an allen Schulen ab der 7. Schulstufe (3. Hauptschule, NMS oder Gymnasium)” ... 39

Bürgerinitiative Nr. 25/BI

- „Alle Kinder sind unsere Kinder! Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes, damit in Österreich geborene Kinder die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten” 40

Bürgerinitiative Nr. 26/BI

- „Änderung des Bundesverfassungsgesetzes und Bundesrahmengesetz zur Struktur und Organisationsgestaltung für elementarpädagogische Einrichtungen und Horte” 41

III. Ausschussantrag

- Ausschussantrag 41

Einleitung

Die Bürgerinitiativen Nr. 1 bis 16, 18 bis 20 sowie 23 bis 33 waren bereits Verhandlungsgegenstände der vorangegangenen, XXIV. Gesetzgebungsperiode, wurden in dieser Gesetzgebungsperiode jedoch nicht erledigt.

Gemäß Art. 28 Abs. 4 B-VG in Verbindung mit § 21 Abs. 1a GOG-NR sind Bürgerinitiativen, die im Nationalrat der vorangegangenen Gesetzgebungsperiode eingebracht und nicht erledigt wurden, Gegenstände der Verhandlung des nächst gewählten Nationalrates und der Vorberatung seiner Ausschüsse.

Die gegenständlichen Bürgerinitiativen wurden in der Sitzung des Nationalrates der XXV. Gesetzgebungsperiode am 17.12.2013 neuerlich dem Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen zugewiesen. Die detaillierten Informationen sind in der Folge bei den jeweiligen Bürgerinitiativen ersichtlich.

Im Berichtszeitraum trat der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen zu zwei Sitzungen an drei Terminen zusammen. In diesen Sitzungen standen insgesamt 20 Petitionen und 50 Bürgerinitiativen in zwei Einlaufbesprechungen auf der Tagesordnung.

Der vorliegende Sammelbericht behandelt die Petitionen Nr. 3 bis 7 und 20 sowie die Bürgerinitiativen Nr. 1 bis 16, 18 bis 20 sowie 23 bis 41.

Zur besseren Übersicht über den Verhandlungsverlauf jeder einzelnen Petition bzw. Bürgerinitiative wird im Bericht eine tabellarische Darstellung verwendet.

Was die Gliederung anbelangt, erfolgt zunächst eine Darstellung jener Petitionen und Bürgerinitiativen, die der Berichtspflicht unterliegenden und danach die Auflistung jener Verhandlungsgegenstände, die einem anderen Ausschuss des Nationalrates zugewiesen wurden.

In den Debatten zu diesen Bürgerinitiativen und Petitionen meldeten sich die Abgeordneten Konrad **Antoni**, Mag.^a Christiane **Brunner**, Martina **Diesner-Wais**, Ing.ⁱⁿ Waltraud **Dietrich**, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Maria Theresia **Fekter**, Hermann **Gahr**, Christian **Hafenecker**, Johann **Hechtl**, Dietmar **Keck**, Ulrike **Königsberger-Ludwig**, Hermann **Lipitsch**, Edith **Mühlberghuber**, Mag. Friedrich **Ofenauer**, Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang **Pirkhuber**, Erwin **Preiner**, Dr. Erwin **Rasinger**, Mag. Johannes **Rauch**, Mag. Maximilian **Unterrainer**, Hannes **Weninger**, Peter **Wurm** und Nurten **Yilmaz** sowie der Ausschussobmann Abgeordneter Michael **Pock** zu Wort.

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde einstimmig Herr Abgeordneter Hermann Lipitsch gewählt.

I. Der Berichtspflicht unterliegende Petitionen und Bürgerinitiativen

1. Petitionen

Petition Nr. 3 betr. "Österreich/Wien-Ost/ geplante S 1 (<i>Wiener Außenring Schnellstraße</i>) – S 1-Spange-Stadtstraße (<i>"Hirschstetten-retten", Mieterbeirat Siedlung Hirschstetten, Plattform "Zukunft statt Autobahn" und div. andere Bürgerinitiativen und Vereinigungen</i>)" (10.12.2013)					
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Georg Willi	17.12.2013	18.3.2014 1.7.2014	BMLFUW (14.4.2014) BMVIT (6.5.2014)	10.12.2013 – 1.7.2014 1.137	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Die UnterzeichnerInnen dieser Petition, die von Abgeordnetem Georg Willi unterstützt wird, fordern den Abbruch der Planung von drei Hochleistungsstraßen-Projekten im Raum Wien bei zeitgleicher Ausarbeitung eines zukunftsorientierten, nachhaltigen und gesamtheitlichen Verkehrs-Masterplanes für die Wien-Ost-Region. Im Konkreten geht es dabei um folgende Straßen bzw. Teilstrecken: S 1 - Wiener Außenring Schnellstraße (Spange Seestadt), S 1 - Wiener Außenring Schnellstraße Schwechat – Süßenbrunn (Abschnitt Süd, inklusive Donauquerung/Lobau-Tunnel) sowie die Stadtstraße Hirschstetten-Aspern. Bereits jetzt sei absehbar, dass durch die bewusste Teilung eines Großprojekts in zusammenhängende Teilabschnitte negative Konsequenzen u.a. aufgrund der unterschiedlichen Teilverkehrsfreigabe eintreten werden.

In dem von den Petenten geforderten Masterplan sollten folgende Punkte beachtet werden: die positive Entwicklung des öffentlichen Verkehrs und dessen weiterer Ausbau; die Entwicklung von Alternativszenarien; die Berücksichtigung der bereits erarbeiteten Ergebnisse und Empfehlungen der Untersuchung SUPERNOW; gesundheitliche Aspekte (schlechtere Lebensqualität durch Lärm und Feinstaubbelastung, Treibhausgasemissionen) sowie die volle Einbindung der betroffenen Bevölkerung.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, F / dagegen: G, TS, N) beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Petition Nr. 4 betr. "USt. (Umsatzsteuer) -Option-Ungleichbehandlung abstellen" (Grüne Bäuerinnen und Bauern Österreich, Linz)" (22.1.2014)					
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber	23.1.2014	18.3.2014	--	23.1. - 18.3.2014 32	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Abgeordneter Wolfgang Pirkhuber hat dem Nationalrat diese Petition vorgelegt, in der auf eine Ungleichbehandlung von Land- und Forstwirten in Bezug auf das Umsatzsteuergesetz aufmerksam gemacht wird. Ab dem 1. Jänner 2014 ist beim Übergang von der Regelbesteuerung zur Umsatzsteuerpauschalierung und umgekehrt eine Vorsteuerberichtigung vorgesehen. Die Verpflichtung zur (negativen) Vorsteuerberichtigung beim Umlaufvermögen betrifft alle landwirtschaftlichen Betriebe, die bis einschließlich 2013 zur Regelbesteuerung optiert haben. Da diese Betriebe beim Einstieg aufgrund der damals geltenden Rechtslage keine Möglichkeit zur positiven Vorsteuerberichtigung hatten, stelle die nunmehrige Berichtigungspflicht eine massive Ungleichbehandlung dar und führe in einzelnen Fällen zu beträchtlichen finanziellen Härten (mit Rückzahlungen von mehreren tausend Euro). Die PetentInnen fordern daher eine sofortige Reparatur des zugrundeliegenden Abgabenänderungsgesetzes, um diese steuerliche Ungleichbehandlung zu entschärfen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 18. März 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V/dagegen: F, G, TS, N) beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Petition Nr. 5 betr. "Änderung des Versicherungsgesetzes 1953 (Art. 9); Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes 1992 (Art. 10); Änderung des Normverbrauchsabgabengesetzes 1991 (Art. 12)" (29.1.2014)					
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Michael Pock Christoph Hagen	30.1.2014	25.3.2014	--	30.1. - 25.3.2014 332	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Aus Protest gegen die Anhebung der motorbezogenen Versicherungs- bzw. Kraftfahrzeugsteuer und der NoVA wurde von den Abgeordneten Michael Pock und Christoph Hagen diese Petition eingebracht. Die Einbringer kritisieren zudem, dass die Änderungen im Kraftfahrzeugsteuer- und im Versicherungssteuergesetz im Widerspruch zu dem im Regierungsprogramm vereinbarten Ziel stehen, durch entsprechende Maßnahmen im Steuer- und Abgabensystem ökologische und gesundheitspolitische Lenkungseffekte erreichen zu wollen. In Zukunft werde nämlich ein Kraftfahrzeug mit EU-Abgasklasse 2 ohne Dieselpartikelfilter genauso hoch besteuert wie ein Kraftfahrzeug mit EU-Abgasklasse 6. Es sei daher zu erwarten, dass viele AutofahrerInnen aus finanziellen Gründen weiterhin mit ihren alten "Stinkern" unterwegs sein werden, da sich der Umstieg auf einen umweltfreundlichen Wagen nicht rentiert.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Petition Nr. 6 betr. "Schutz der heimischen Fischbestände und Erhalt der Artenvielfalt in den österreichischen Gewässern (Fischereiverein unteres Lafnitztal und Fischereigesellschaft Jennersdorf - Raab)" (7.2.2014)					
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Erwin Preiner	7.2.2014	18.3.2014 1.7.2014	BMLUW (15.5.2014)	7.2. – 1.7.2014 1.260	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

In dieser von Abgeordnetem Erwin Preiner unterzeichneten Petition bringen zwei Fischereivereine (Lafnitztal und Jennersdorf-Raab) ihre Sorgen bezüglich der Bedrohung der Artenvielfalt und Fischbestandsdichte in vielen österreichischen Gewässern zum Ausdruck. Die zunehmende und unkontrollierte Verbreitung von Kormoranen, Reiher und Ottern führe nämlich dazu, dass die Verhältnismäßigkeit der Bestände von Fischräubern und deren Futtertieren zu Lasten der Fische kippt. Anstatt der langwierigen Erstellung von Studien und Konzepten fordern die Unterstützer rasche Maßnahmen, um ein weiteres Ausufern der Schäden zu verhindern. Neben lokalen Maßnahmen wie Vergrämung und Bestandsregulierung bei den Fischräubern seien Besatzprogramme sowie überregionale Maßnahmen auf Bundes- und EU-Ebene dringend nötig.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Petition Nr. 7 betr. "Sicheres Jochberg - Nein zur Schließung der Polizeiinspektion (Gemeindeamt Jochberg)" (17.2.2014)					
überreicht durch die Abgeordnete	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Carmen Gattelgruber	17.2.2014	18.3.2014 1.7.2014	BMI (5.5.2014)	17.2. - 1.7.2014 53	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Die Bundesregierung und im Besonderen die Bundesministerin für Inneres werden im Rahmen dieser Petition – eingereicht von Carmen Gattelgruber - ersucht, von der geplanten Schließung der Polizeiinspektion in Jochberg Abstand zu nehmen. Die PetentInnen verweisen darauf, dass zwischen der Polizeiinspektion Kitzbühel und jener in Mittersill eine Lücke von rund 30 Kilometern klaffe, in dem ein ausgedehntes Skigebiet zu betreuen sei und wo Diebstähle und Unfälle an der Tagesordnung seien. Bisher habe dieses "Sicherheitsloch" vom Posten Jochberg aus bestens abgedeckt werden können. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner habe zwar angekündigt, PolizeibeamtInnen mit "mobilen Büros" auszurüsten. Im Sinne eines reibungslosen Arbeitsablaufs - etwa bei der Aufnahme von Anzeigen – sei dies aber kein Ersatz für eine Polizeiinspektion vor Ort. Generell sollte es das oberste Ziel sein, die BürgerInnen bestmöglich zu schützen sowie die objektive Sicherheit und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Die Schließung der Polizeiinspektion von Jochberg hätte genau den gegenteiligen Effekt.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, G, N/dagegen: F, TS) beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Petition Nr. 20 betr. " Blindenhunde als medizinischer Rehabilitationsbehelfe (Schwarzataler Social Club, Ternitz)" (12.6.2014)					
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Johann Hechtl	12.6.2014	1.7.2014	--	12.6. – 1.7.2014 103	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Für die gesetzliche Anerkennung von Blindenführhunden als förderungswürdiger Rehabilitations-Behelf durch die Republik Österreich setzen sich zahlreiche BürgerInnen im Rahmen dieser Petition ein, die vom Abgeordneten Johann Hechtl unterstützt wird. Ein Blindenführhund könne für hochgradig Sehbehinderte und Erblindete ein Ersatz des verlorenen Augenlichtes sein und sei auf Zeit gesehen die wesentlich kostengünstigere Variante, um diesen Menschen die Bewältigung des Alltags ohne Inanspruchnahme von teurem Pflegepersonal zu gewährleisten. Die Anschaffungskosten für einen gut ausgebildeten Blindenführhund in der Höhe von derzeit ca. 30-33.000 € können sich meisten Betroffenen jedoch nicht leisten. In Deutschland und auch in der Schweiz gibt es bereits seit Jahren eine gesetzliche Regelung, wonach Blindenführhunde als offiziell anerkannter Reha-Behelf gelten und von den Krankenkassen bzw. der öffentlichen Hand mitfinanziert werden; eine ähnliche Maßnahme wäre auch in Österreich wünschenswert.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

2. Bürgerinitiativen

Bürgerinitiative Nr. 5 betr. "Solidarität mit der Region Niederösterreich Süd - Für ein weiteres Erstaufnahmezentrum im Süden Österreichs zur Entlastung von Traiskirchen" (10.12.2009)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Knotzer Fritz (überreicht als 17/BI, XXIV. GP)	11.12.2009	16.12.2009 19.1.2010	BMI (15.01.2010)	--	Zuweisung an den Ausschuss für innere Angelegenheiten
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 17	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Der Bürgermeister der Gemeinde Traiskirchen, Fritz Knotzer, hat eine Bürgerinitiative zur Errichtung eines weiteren Erstaufnahmezentrums für Asylwerber in Österreich gestartet. Ein solches neues Zentrum im Süden des Landes würde das Lager Traiskirchen entlasten, halten er und die weiteren UnterzeichnerInnen fest und mahnen Solidarität mit der Region Niederösterreich Süd ein. Unterschrieben wurde die Bürgerinitiative auch von den Abgeordneten Otto Pendl, Hannes Weninger und Peter Wittmann.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 19. Jänner 2010 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Ausschuss für innere Angelegenheiten zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 6 betr. "Ergänzung des § 46 (1) SchOG"(3.2.2011)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellung- nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Prigl Hubert Pirc Gerlinde (überreicht als 27/BI, XXIV. GP)	15.2.2011	7.4.2011 22.6.2011 5.10.2011	BMWFJ 10.6.2011 BMUKK 20.6.2011	1.10.- 5.10.2011 5	Zuweisung an den Unterrichtsaus- schuss
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 5	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Ein überparteiliches Aktionskomitee tritt für eine Adaptierung des Schulorganisationsgesetzes ein, um das Nachholen eines Berufsschulabschlusses zu ermöglichen. Damit würde die Chance auf eine positive Lehrabschlussprüfung wesentlich erhöht, argumentieren die mehr als 7.000 UnterzeichnerInnen der Initiative. Davon würden nicht nur die Betroffenen selbst, sondern auch die österreichische Wirtschaft profitieren.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 5. Oktober 2011 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 8 betreffend "Erhaltung der Hausapotheke der Landarztstelle in der Marktgemeinde Grafenegg zur Sicherung der ärztlichen Nahversorgung" (25.3.2011)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellung- nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Pfeifer Anton (überreicht als 29/BI, XXIV. GP)	25.3.2011	7.4.2011 22.6.2011	BMG 23.5.2011	--	Zuweisung an den Gesundheits- ausschuss
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 13	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Um die ärztliche Nahversorgung sicherzustellen, fordern die GemeindebürgerInnen von Grafenegg die Erhaltung der Hausapotheke der Landarztstelle in Haitzendorf. Sie machen darauf aufmerksam, dass vor allem junge Familien und betagte PatientInnen oft auf Hausbesuche angewiesen seien und keine Möglichkeit hätten, die 5,5 Kilometer entfernte Apotheke in der Nachbargemeinde Hadersdorf zu erreichen. Außerdem fürchten sie, dass kein Arzt bereit sein wird, nach der Pensionierung des jetzigen Allgemeinmediziners die gut geführte Landarzt-Ordination ohne Hausapotheke zu übernehmen. Insgesamt haben 2.183 Personen die Bürgerinitiative unterzeichnet, an der Spitze Bürgermeister Anton Pfeifer.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 22. Juni 2011 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Gesundheitsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 10 betr. "Schrottverwertungsanlage im Siedlungsgebiet" (23.11.2011)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmen- anzahl)	Art der Erledigung
Hugo Zöhrer (überreicht als 34/BI, XXIV. GP)	23.11.2011	1.12.2011 12.3.2012 31.5.2012 27.11.2012 6.3.2013 5.6.2013	BMWFJ (19.1.2012)	23.11.2011 - 28.10.2013 33	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014 1.7.2014	BMLFUW (24.4.2014) Volksanwalt- schaft (13.5.2014)	29.10.2013 - 1.7.2014 47	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese Bürgerinitiative wendet sich gegen die Errichtung einer Schrottverwertungsanlage in Wien-Liesing. Mitten im Siedlungsgebiet, neben idyllischen Einfamilienhäusern solle ein Projekt gigantischen Ausmaßes errichtet werden, klagen die AnrainerInnen. Gleichzeitig machen sie darauf aufmerksam, dass die Lebensqualität in Liesing bereits durch zunehmenden Fluglärm aufgrund der Verlegung einer Flugroute sowie durch die Errichtung des neuen Bahnhofs Inzersdorf erheblich gemindert worden sei. Sie fordern Vorrang für die Gesundheit der BürgerInnen und ersuchen den Nationalrat, dafür Sorge zu tragen, dass im Zuge von Bewilligungsverfahren die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen rigoros überprüft werde.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, N/dagegen: F, G, TS) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 12 betr. "Zentralmatura verschieben" (18.4.2012)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellung- nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Kolmann Cornelia (überreicht als 40/BI, XXIV. GP)	19.4.2012	31.5.2012 27.11.2012	BMUKK (17.7.2012)	19.4. - 27.11. 2012 2.410	Zuweisung an den Unterrichtsaus- schuss
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014 1.7.2014	BMBF (26.5.2014)	29.10.2013 - 1.7.2014 118	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Nach Ansicht der UnterzeichnerInnen der Initiative sind die SchülerInnen schlecht auf die neue Form der Reifeprüfung vorbereitet. Sie drängen in diesen Sinn auf eine rasche Adaptierung des Lehrplans, eine Überarbeitung der Leistungsbeurteilungsverordnung, mehr Vorbereitungszeit zwischen schriftlicher und mündlicher Matura und eine Offenlegung der Ergebnisse der Feldtestungen. Außerdem plädiert die Bürgerinitiative dafür, die neue Reifeprüfung in Form von Schulversuchen auch in den Fächern Deutsch und Mathematik zu erproben und eine Sonderregelung für jene SchülerInnen zu finden, die im letzten Jahr vor Einführung der Zentralmatura die achte Klasse nicht positiv abschließen und damit nicht zur alten Reifeprüfung antreten dürfen.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 27. November 2012 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V/ dagegen: F, G, N/ nicht anwesend: TS) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr.14 betr. "Überführung des Pensionsversicherungssystems der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten (Wohlfahrtseinrichtungen) in das staatliche Pensionsversicherungssystem FSVG (Freiberufliches Sozialversicherungsgesetz)" (26.9.2012)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellung- nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Pfandl Monika (überreicht als 49/BI, XXIV. GP)	27.9.2012	4.10.2012	--	27.9. - 4.10. 2012 --	Zuweisung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	17.12.2013 - 25.3.2014 4	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese Bürgerinitiative hat das Ziel, das Pensionsversicherungssystem der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten (Wohlfahrtseinrichtungen) in das staatliche Pensionsversicherungssystem FSVG überzuführen.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 4. Oktober 2012 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Ausschuss für Arbeit und Soziales des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 20 betr. "Die Absenkung des Mindestalters von 21 Jahren auf 18 Jahre bei der Familienzusammenführung von EhegattInnen und eingetragenen PartnerInnen unter Beteiligung von Drittstaatsangehörigen" (27.2.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellung- nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Thaqi Bekim (überreicht als 61/BI, XXIV. GP)	28.2.2013	6.3.2013 5.6.2013	Volksanwalt- schaft (26.3.2013; <i>sic!</i>) BMI (9.4.2013) BMWfJ (7.8.2013)	28.2. - 28.10.2013 14	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 9	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Mit dem Fremdenrechtsänderungsgesetz 2009 (FrÄG 2009) hat der österreichische Gesetzgeber unter anderem grundlegende Änderungen des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes (NAG) eingeführt, heißt es in dieser Bürgerinitiative. Eine besonders einschneidende Neuerung betraf die Bestimmungen bezüglich der Familienzusammenführung mit Beteiligung von Drittstaatsangehörigen. EhegattInnen und eingetragene PartnerInnen müssen nun das 21. Lebensjahr (und nicht mehr das 18. Lebensjahr) zum Zeitpunkt der Antragstellung auf Familienzusammenführung bereits vollendet haben. Die EinbringerInnen der Bürgerinitiative treten dafür ein, diese Altersgrenze, die ihrer Ansicht nach familienfeindlich ist und oft zu jahrelangen Trennungen führt, wieder auf 18 Jahre abzusenken. Der Staat habe nämlich die Pflicht, familienrechtliche Verhältnisse so zu gestalten, dass jede/r Betroffene die rechtliche Möglichkeit auf ein funktionierendes Familienleben hat.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, F / dagegen: G, TS, N) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 23 betr. "Lückenschluß Lärmschutz an der Inntal Autobahn A 12 im Gemeindegebiet von Volders" (30.4.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Klausner Sigrid (überreicht als 64/BI, XXIV. GP)	2.5.2013	5.6.2013	BMVIT (6.8.2013)	2.5. – 28.10.2013 3	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014 1.7.2014	BMLFUW (16.4.2014)	29.10.2013 - 1.7.2014 13	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Die UnterstützerInnen dieser Bürgerinitiative ersuchen den Nationalrat, auf die ASFINAG einzuwirken, damit der zugesagte Lückenschluss zwischen den bestehenden Lärmschutzwänden auf der Südseite der Inntal Autobahn A12 im Gemeindegebiet Volders endlich durchgeführt wird. Bereits im Jahr 2005 habe eine detaillierte Lärmuntersuchung die Notwendigkeit einer solchen Baumaßnahme verdeutlicht, argumentieren die BürgerInnen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, N/dagegen: F, G, TS) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 24 betr. "Änderung des passiven Wahlrechts in der ÖH (Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft) für Nicht-EWR (Europäischen Wirtschaftsraum) - Studierende" (13.5.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Assad Soma Mohammad (überreicht als 65/BI, XXIV. GP)	16.5.2013	5.6.2013	BMWF (nicht eingelangt)	16.5. – 28.10.2013 614	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs-periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014 1.7.2014	BMFWF (13.5.2014)	29.10.2013 - 1.7.2014 18	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Für eine Änderung des Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetzes setzt sich eine weitere Bürgerinitiative ein. Die UnterstützerInnen sind der Ansicht, dass EWR-Staatsangehörigen, die derzeit an den Unis zwar wählen dürfen (aktiv), auch das passive Wahlrecht – also die Möglichkeit zur Entsendung in universitäre Kollegialorgane – eingeräumt werden sollte. Es handle sich dabei um einen massiven Eingriff in die Mitbestimmungsrechte von Studierenden an den Universitäten und um eine Form der Diskriminierung, die u.a. auch im Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2004 bezüglich des passiven Wahlrechts anderer Interessensvertretungen (Betriebsrat und Arbeiterkammer) zum Ausdruck kam, argumentieren die UnterzeichnerInnen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 27 betr. "Saatgutrichtlinie – Nein Danke" (4.7.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellung- nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Nosko Werner (überreicht als 68/BI, XXIV. GP)	4.7.2013	--	--	4.7. - 28.10.2013 500	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 313	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

In dieser Bürgerinitiative wird die Bundesregierung ersucht, der von der EU geplanten "Saatgutrichtlinie" in welcher Form und oder unter welchem Namen auch immer, nicht zuzustimmen bzw. danach zu trachten, sie zu verhindern. Sollte nämlich eine derartige Verordnung oder Richtlinie beschlossen werden, welche mittelbar oder unmittelbar die Harmonisierung und/oder Regulierung von jedwedem Pflanzgut (Saatgut) zum Ziel hat, wäre dies ein nicht mehr rückgängig zu machender Eingriff in die Natur, in die Erhaltung alter Sorten und in die persönlichen Rechte der KonsumentInnen, argumentieren die UnterstützerInnen. Außerdem widerspreche eine solche "Saatgutrichtlinie" der Biodiversitätskonvention der Vereinten Nationen, welche den Schutz der biologischen Vielfalt zum Ziel hat. Schlussendlich müsste man befürchten, dass in weiterer Folge die Lebensmittelversorgung von einigen wenigen Konzernen, kontrolliert würde.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 28 betr. "Faire Bezahlung für Zivildienstleistende! Verkürzung des Zivildienstes!" (3.9.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellungnahme n	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Gotthartsleitner Helmut (überreicht als 69/BI, XXIV. GP)	3.9.2013	--	--	3.9. – 28.10.2013 34	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014 1.7.2014	BMI (28.4.2014) BMLVS (26.5.2014)	29.10.2013 - 1.7.2014 130	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Es wird immer wieder betont, dass Zivildienstleistende einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben leisten. Darum ist es nach Ansicht der EinbringerInnen dieser Bürgerinitiative notwendig, nicht nur den Grundwehrdienst sondern auch den Zivildienst zu reformieren. Im Mittelpunkt der Forderungen steht eine zeitliche Gleichstellung des Zivildienstes mit dem Grundwehrdienst sowie eine adäquate und angemessene monatliche Entlohnung auf Basis der Einstiegsstufe des Kollektivvertrages der österreichischen Sozialwirtschaft (d.h. € 1.386,10 brutto). Die derzeit ausbezahlte Pauschalvergütung in der Höhe von monatlich € 301,40 stelle nämlich eine Missachtung der von diesen Personen erbrachten Leistungen sowie einen klaren Fall von Lohndumping dar, heißt es in der Begründung.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, TS/ dagegen: F, G, N) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 29 betr. "Volksgruppenschutz" (5.9.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellung- nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Mag. Pipp Marjan (überreicht als 70/BI, XXIV. GP)	5.9.2013	--	--	5.9. – 28.10.2013 76	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014 1.7.2014	BKA-VD (23.6.2014)	29.10.2013 - 1.7.2014 22	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Einen starken Anpassungsbedarf des österreichischen Volksgruppenrechts orten die UnterstützerInnen dieser Bürgerinitiative, die sich vor allem für einen einheitlichen Grundrechtsschutz, die Gewährleistung der kulturellen Autonomie sowie für angemessene Formen der Selbstverwaltung stark machen. Insbesondere geht es um die Rechtsstellung der Volksgruppen als solcher, als sprachlich-kultureller Gemeinschaften, deren rechtliche Stellung im Staat bzw. deren Vertretung gegenüber dem Staat, die Kodifizierung durchsetzbarer individueller und korporativer Rechte der Volksgruppen sowie um eine kontinuierliche finanzielle Unterstützung.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, F/dagegen: G, TS, N) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 30 betr. "Österreich braucht Hufpfleger" (23.9.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellung- nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Dipl.-Ing. ⁱⁿ Appelt Sonja (überreicht als 71/BI, XXIV. GP)	25.9.2013	--	--	25.9. – 28.10.2013 323	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014 1.7.2014	BMLFUW (14.4.2014) BMWWF (30.4.2014)	29.10.2013 - 1.7.2014 149	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Im Rahmen dieser parlamentarischen Bürgerinitiative wird der Nationalrat ersucht, den Beruf "Hufpfleger" in die Liste der Teilgewerbe aufzunehmen und einen entsprechenden Lehrgang dafür vorzusehen. Der Hufpfleger bzw. die Hufpflegerin wäre dann für die immer populärer werdende Barhufpflege zuständig, wo vor allem genaue Kenntnisse der Hufschuhanpassung und der dafür notwendigen Klebetechniken, aber keine Metallbearbeitung, gefragt sind. Die derzeit bestehende Zugangsvoraussetzung zur Hufschmiedeausbildung (Metallberuf oder eine einjährige Vollzeittätigkeit in der Metallbearbeitung) stellt nämlich nach Ansicht der Einbringer für künftige Hufpfleger eine große und unnötige Hürde dar, da ein Großteil der an dieser Tätigkeit interessierten Personen keinen Metallberuf vorweisen kann.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V/dagegen: F, G, TS, N) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 31 betr. "den Erhalt und die Förderung der Sicherheit der Bevölkerung durch Aufrechterhaltung der Polizeiinspektionen im Bezirk Oberpullendorf" (9.10.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Pfneisl Rudolf (überreicht als 72/BI, XXIV. GP)	12.10.2013	--	--	12. – 28.10.2013 --	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014 1.7.2014	BMI (6.5.2014)	29.10.2013 - 1.7.2014 11	Kenntnisnahme

Bürgerinitiative Nr. 32 betr. "den Erhalt und die Förderung der Sicherheit der Bevölkerung durch Aufrechterhaltung der Polizeiinspektionen im Bezirk Oberpullendorf, insbesondere in Koberndorf" (11.10.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Pauer Martina (überreicht als 73/BI, XXIV. GP)	14.10.2013	--	--	14. – 28.10.2013 --	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014 1.7.2014	BMI (7.5.2014)	29.10.2013 - 1.7.2014 18	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiativen:

Für den Erhalt der Polizeiinspektionen im Bezirk Oberpullendorf, insbesondere in Drassmarkt und in Koberndorf, setzen sich zahlreiche Personen im Rahmen von zwei parlamentarischen Bürgerinitiativen ein. Dies hätte nicht nur positive Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen, sondern wäre auch im Sinne der Bürgernähe, der Prävention sowie der Beibehaltung einer hohen Aufklärungsquote. Die Unterstützer schlagen zudem vor, dass das Sicherheitspolizeigesetz insofern abgeändert werden soll, als eine Mindestanzahl von Polizeiinspektionen festgeschrieben wird. Dadurch soll verhindert werden, dass in Hinkunft Polizeiinspektionen geschlossen oder zusammengelegt werden können.

Beschluss zu 31/BI:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, G, N/dagegen: F, TS) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Beschluss zu 32/BI:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, G, N/dagegen: F, TS) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 33 betr. "Für den Erhalt der direkten Zugverbindung Lienz-Innsbruck" (25.10.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Zanon Julian (überreicht als 74/BI, XXIV. GP)	25.10.2013	--	--	25. – 28.10.2013	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014 1.7.2014	BMVIT (5.5.2014)	29.10.2013 - 1.7.2014 196	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Der Nationalrat wird von über 7.400 BürgerInnen ersucht, die direkte Zugverbindung zwischen der Bezirkshauptstadt Lienz und der Landeshauptstadt Innsbruck, auch bekannt als so genannter "Korridorzug" aufrechtzuerhalten. Für die Osttiroler Bevölkerung wäre die geplante endgültige Streichung der Zugverbindung ein massiver Einschnitt in ihrer Mobilität, geben die Unterstützer der Bürgerinitiative zu bedenken. Vor allem viele ältere Menschen, Studierende und Familien sind auf die Zugverbindung angewiesen und erachten den geplanten Busbetrieb auf derselben Strecke für keine wirkliche Alternative.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, G, N/dagegen: F, TS) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 34 betr. "Dienstrechts-Novelle 2013 - pädagogischer Dienst" (11.12.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Mag. Pichler Clemens	17.12.2013	25.3.2014	--	17.12.2013 – 25.3.2014 108	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Den Beschluss der Dienstrechts-Novelle 2013 für den pädagogischen Dienst wollte diese Bürgerinitiative verhindern. Die EinbringerInnen hätten sich vor allem gewünscht, dass folgende Punkte noch in den Entwurf aufgenommen worden wären: Maßnahmen zur Verbesserung des Unterrichtswesens, Unterricht nur von masterwertig ausgebildeten PädagogInnen sowie eine Anpassung der Arbeitsbelastung der LehrerInnen, um eine individuelle Betreuung der SchülerInnen überhaupt zu ermöglichen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 35 betr. "Für die Beibehaltung der BAKIP (<i>Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik</i>) 21 ab 14 = Gegen die Abschaffung der 5-jährigen Ausbildung an der BAKIP21" (11.12.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Parg-Miedler Gabriele	17.12.2013	25.3.2014 1.7.2014	BMBF (22.5.2014)	17.12.2013 - 1.7.2014 191	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Gegen die Abschaffung der fünfjährigen Ausbildung an der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP) im 21. Bezirk sprechen sich die UnterstützerInnen dieser Bürgerinitiative aus. Laut den InitiatorInnen ist nämlich von Seiten des Schulerhalters, der MA10, geplant, an diesem Standort auf reine Erwachsenenbildung umstellen, obwohl es eine sehr hohe Nachfrage nach den Ausbildungsplätzen gebe. Auf das Argument hin, dass zu wenige SchülerInnen danach direkt in Kindergärten zu arbeiten beginnen, führen die BürgerInnen u.a. ins Treffen, dass die AbsolventInnen oft in anderen Berufssparten (Soziales, Politik, Wirtschaft etc.) beschäftigt sind und somit einen ganz wesentlichen Beitrag zur Gesellschaft leisten.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, TS/dagegen: F, G, N) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 36 betr. "Aufhebung der Dienstrechts-Novelle 2013 - Pädagogischer Dienst ("neues Lehrerdienstrecht") und Gestaltung eines modernen, attraktiven und leistungsorientierten Lehrerdienstrechts" (8.1.2014)					
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Kimberger Paul	14.1.2014	25.3.2014 1.7.2014	BMBF (26.5.2014)	14.1. - 1.7.2014 8.139	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese Bürgerinitiative plädiert für die Aufhebung der "Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst". Der vom Erstunterzeichner Paul Kimberger vorgelegte umfangreiche Forderungskatalog beinhaltet u.a. die unverzügliche Durchführung einer Lehrerarbeitszeitstudie. Darauf basierend sollte ein neues Lehrerdienstrecht ausgearbeitet werden, das der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Berufsgruppe gerecht wird und so viele junge Menschen für diesen Beruf begeistert. Besonders berücksichtigt werden sollten die masterwertige neue Lehrerausbildung, die vielfältigen Belastungen außerhalb des Unterrichts sowie die unterschiedlichen Leistungskomponenten (System von Einrechnungen und Zulagen für schulische Zusatz- und Schlüsselfunktionen). Weitere Forderungen betreffen eine Verbesserung der beruflichen Einstiegs- und Ausstiegsmöglichkeiten, die Schaffung eines Supportsystems, die Bereitstellung von modernen Arbeitsplätzen, den Ausbau der Schulautonomie und des Angebots an ganztägigen Schulformen unter Wahrung der Wahlfreiheit.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V/dagegen: F, G, TS, N) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 37 betr. "Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes 1992 (Artikel 10), Änderung des Normverbrauchsabgabengesetzes 1991 (Artikel 12) und Änderung des Versicherungssteuergesetzes 1953 (Artikel 9)" (23.1.2014)					
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Ortner Michael	24.1.2014	25.3.2014	--	24.1. - 25.3.2014 8.797	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Aus Protest gegen die Anhebung der motorbezogenen Versicherungs- bzw. Kraftfahrzeugsteuer und der NoVA wurde diese Bürgerinitiative eingebracht. Die EinbringerInnen kritisieren zudem, dass die Änderungen im Kraftfahrzeugsteuer- und im Versicherungssteuergesetz im Widerspruch zu dem im Regierungsprogramm vereinbarten Ziel stehen, durch entsprechende Maßnahmen im Steuer- und Abgabensystem ökologische und gesundheitspolitische Lenkungseffekte erreichen zu wollen. In Zukunft werde nämlich ein Kraftfahrzeug mit EU-Abgasklasse 2 ohne Dieselpartikelfilter genauso hoch besteuert wie ein Auto mit EU-Abgasklasse 6. Es sei daher zu erwarten, dass viele AutofahrerInnen aus finanziellen Gründen weiterhin mit ihren alten "Stinkern" unterwegs sein werden, da sich der Umstieg auf einen umweltfreundlichen Wagen nicht rentiere.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 38 betr. "für eine Hausapotheke am Weerberg" (4.2.2014)					
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Angerer Ferdinand	4.2.2014	25.3.2014	--	4.2. - 25.3.2014 13	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

In dieser Initiative setzten sich zahlreiche BürgerInnen dafür ein, dass die in der Gemeinde Weerberg ansässige Ärztin für Allgemeinmedizin eine Bewilligung zur Führung einer Hausapotheke erhält. Als Begründung dafür wird auf die spezielle geographische Lage von Weerberg - eine hoch gelegene und weit verzweigte Berggemeinde mit 2.400 EinwohnerInnen - hingewiesen. Der Weg zu der nächstgelegenen Apotheke in Weer sei aufgrund diverser Umstände (schwer passierbare Straßen im Winter, schlechte öffentliche Anbindung) für die PatientInnen unzumutbar. Sowohl junge Familien, welche meist nur über ein Auto verfügen, als auch betagte PatientInnen, die nicht ausreichend mobil sind, hätten keine Möglichkeit, die Apotheke in Weer zu erreichen, geben die BürgerInnen zu bedenken.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 39 betr. " ‚Ja‘ zur Sicherheit – ‚Nein‘ zu Schließungen von Polizeiinspektionen" (25.2.2014)					
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Mag. Abwerzger Markus	3.3.2014	25.3.2014 1.7.2014	BMI (7.5.2014)	3.3. - 1.7.2014 206	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

An die Innenministerin richtet sich eine Initiative von BürgerInnen, die sich gegen die Schließung der Polizei-Inspektionen in folgenden Tiroler Gemeinden aussprechen: Dölsach, Huben, Hungerburg, Jochberg, Kirchbichl, Längenfeld, Matrei am Brenner, Oberau, Sankt Jakob in Deferegggen und Vils.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, G, N/dagegen: F, TS) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 40 betr. " Förderung der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe und des extensiven Grünlandes im Rahmen der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik" (25.2.2014)					
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Pichler-Brix Christine	3.3.2014	25.3.2014 1.7.2014	BMLFUW (21.5.2014)	3.3. – 1.7.2014 323	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Der Nationalrat wird im Rahmen dieser Bürgerinitiative ersucht, bei der nationalen Umsetzung der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe Österreichs ausreichend zu unterstützen. Die EinbringerInnen schlagen deshalb vor, auf die laut EU-Bestimmungen erlaubte Umverteilungszahlung (Aufschlagszahlung zur Basisprämie) zurückzugreifen und die ersten 20 Hektar der in Österreich wirtschaftenden Betriebe mit mindestens € 100 zusätzlich zu fördern. Außerdem sollte der Übergangszeitraum für die Auszahlung der Basisprämie auf drei Jahre beschränkt werden, um die bestehenden Disparitäten zwischen den einzelnen Betrieben nicht künstlich zu verlängern. Wichtig wäre es auch, den Reduktionskoeffizienten für extensives Grünland auf maximal 25% zu begrenzen. Eine Reduktion um die kolportierten 75% entspräche nämlich weder der Bedeutung noch dem Bewirtschaftungsaufwand von Almen, Hutweiden und anderen extensiven Grünlandflächen, argumentieren die UnterstützerInnen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, G, TS, N/dagegen: F) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

Bürgerinitiative Nr. 41 betr. "landärztliche Versorgung der Gemeinde Rinn mit einer Kassenarztstelle, gegen den Abzug der Gesundheitsversorgung aus dem ländlichen Raum" (28.2.2014)					
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Hoppichler Friedrich	5.3.2014	25.3.2014 1.7.2014	BMG (21.5.2014)	5.3. – 1.7.2014 21	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Um die gesundheitliche Versorgung der EinwohnerInnen der Gemeinde Rinn sicherzustellen, sollte nach Ansicht der UnterstützerInnen dieser Bürgerinitiative eine Vollkassenstelle in ihrem Ort genehmigt werden. In der Gemeinde wohnen auch zwei ausgebildete, praktische Ärztinnen, die bei vorliegenden Kassenverträgen bereit wären, eine Ordination zu eröffnen, heißt es in der Begründung.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 1. Juli 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V/dagegen: F, G, TS, N) beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

II. Zuweisungen

Bürgerinitiativen

Bürgerinitiative Nr. 1 betr. "Soziale Arbeit ist mehr wert!" (20.5.2009)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellungnahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Katzian Wolfgang (überreicht als 7/BI, XXIV. GP)	20.5.2009	25.6.2009 14.10.2009	BMWFJ (14.8.2009) BMG (14.8.2009) BMASK (14.8.2009) BMF (28.8.2009)	--	Zuweisung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 273	Zuweisung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese von der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus und Papier gemeinsam mit der Gewerkschaft vida initiierte Bürgerinitiative spricht sich für die Bereitstellung einer "Sozialmilliarde" zur Stärkung von Sozial- und Gesundheitsdiensten aus. Die UnterzeichnerInnen verweisen darin unter anderem auf die schwierige und belastende Arbeit im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens, die ihrer Meinung nach nur unzureichende Anerkennung findet, und machen auf chronische Finanzierungsengpässe von gemeinnützigen Vereinen und karitativen Organisationen aufmerksam. Sie erachten es daher als notwendig, auch die Gesundheits- und Sozialdienste in Form von Konjunkturpaketen zu stützen und für ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Betreuungsangebot, die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze, attraktivere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung sowie Investitionen in soziale Infrastruktur eine "Sozialmilliarde" zur Verfügung zu stellen.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Ausschuss für Arbeit und Soziales des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Ausschuss für Arbeit und Soziales des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 2 betr. "Finanzielle Gleichstellung der Schulen in freier Trägerschaft mit den konfessionellen Privatschulen. GLEICHHEIT FÜR ALLE SCHULKINDER!" (8.6.2009)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Löffler Alexandra (überreicht als 8/BI, XXIV. GP)	9.6.2009	25.6.2009 14.10.2009	BMUKK (31.8.2009)	--	Zuweisung an den Unterrichts-ausschuss
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 6.702	Zuweisung an den Unterrichts-ausschuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Ziel dieser Bürgerinitiative ist die finanzielle Gleichstellung aller Privatschulen. Geht es nach den UnterzeichnerInnen der Initiative, sollen Schulen mit freier Trägerschaft wie Montessorischulen und Waldorfschulen die gleiche finanzielle Unterstützung durch den Staat erhalten wie konfessionelle Privatschulen. Sie sehen nicht ein, warum Alternativschulen trotz Öffentlichkeitsrecht, der damit verbundenen staatlichen Anerkennung der Lern- und Lehrinhalte und innovativer Unterrichtsformen keine ausreichenden staatlichen Mittel erhalten und damit für Kinder aus sozioökonomisch schlechter gestellten Familien nur schwer zugänglich sind.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit (dafür: S, V, F, TS, N / dagegen: G) beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 3 betr. "Wir wollen mitbestimmen" - Bürgerinitiative für mehr Schüler/innenmitbestimmung und Schuldemokratie" (2.7.2009)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Mitschka Igor (überreicht als 12/BI, XXIV. GP)	9.7.2009	14.10.2009 16.12.2009 19.1.2010	BMUKK (17.11.2009)	--	Zuweisung an den Unterrichtsausschuss
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 34	Zuweisung an den Unterrichtsausschuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Anliegen dieser vom SchülerInnenverein "Coole Schule" initiierten Bürgerinitiative ist die Ausweitung der SchülerInnenmitbestimmung und der Schuldemokratie. Zu den Forderungen der UnterzeichnerInnen zählen unter anderem die verpflichtende Wahl von KlassensprecherInnen bereits in Volksschulen und von SchulsprecherInnen an allen Schulen sowie die Einführung eines Klassenrats in allen Schulklassen und eines Schulparlaments in allen Schulen als Ersatz für den Schulgemeinschaftsausschuss und das Schulforum. Im Klassenrat sollen die SchülerInnen dabei etwa den Erweiterungsstoff des Lehrplans und die Unterrichtsmethoden mitbestimmen dürfen. Im Schulparlament soll für jeden Beschluss eine Zweidrittelmehrheit unter den KlassensprecherInnen nötig sein. Nur wenn SchülerInnen Demokratie leben dürften, könnten sie auch Demokratie lernen, heißt es von Seiten der InitiatorInnen. Möglich wurde die Einbringung der Bürgerinitiative nicht zuletzt deshalb, weil das Alter für die Unterzeichnung von Bürgerinitiativen kürzlich von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt wurde.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 19. Jänner 2010 hat der Ausschuss mit einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss mit einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 4 betr. "Demokratie macht Schule - MEINE MEINUNG ist nicht wuascht!" (30.11.2009)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellung- nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Möllner Oliver (überreicht als 16/BI, XXIV. GP)	03.12.2009	16.12.2009 19.01.2010	--	--	Zuweisung an den Unterrichts- ausschuss
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 26	Zuweisung an den Unterrichts- ausschuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese von der Österreichischen Schülerunion initiierte Bürgerinitiative zielt auf mehr Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern in Schulfragen sowie auf die Stärkung der Schulautonomie ab. Unter dem Titel "Demokratie macht Schule – Meine Meinung ist nicht wuascht!" werden unter anderem Schülerparlamente auf Landesebene und ein österreichweites Schülerparlament, ein Kandidatenhearing im Schulgemeinschaftsausschuss bei Direktorenbestellungen sowie das Recht auf Einberufung von Schülervollversammlungen in der Oberstufe gefordert. Außerdem treten die UnterzeichnerInnen für eine ersatzlose Abschaffung der Bezirksschulräte, die Einrichtung von Bildungsdirektionen sowie mehr Verantwortung und Kompetenzen für die jeweiligen Schulstandorte ein. Schulreformen sollten gemeinsam mit den Betroffenen erfolgen, heißt es in der Begründung der Initiative, zudem könnte man durch mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten auch mehr Jugendliche für Demokratie begeistern.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 19. Jänner 2010 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 7 betreffend "Österreichische Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler"					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellung- nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Schöpf Martin Johann (überreicht als 28/BI, XXIV. GP)	24.2.2011	7.4.2011 22.6.2011	BAK 29.4.2011 BMI 4.5.2011 BMeiA 13.5.2011	--	Zuweisung an den Außenpolitischen Ausschuss
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 86	Zuweisung an den Außenpolitischen Ausschuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese Bürgerinitiative zielt darauf ab, der Südtiroler Bevölkerung den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Die UnterzeichnerInnen machen geltend, dass den SüdtirolerInnen die österreichische Staatsbürgerschaft gegen ihren Willen entzogen worden sei und viele europäische Staaten ihren im Ausland lebenden Minderheiten den zusätzlichen Erwerb der eigenen Staatsbürgerschaft anbieten. Es entspreche dem sehnlichen Wunsch vieler SüdtirolerInnen, die Staatsbürgerschaft "ihres Vaterlandes Österreich" zu erlangen, heißt es in der von mehr als 20.000 Personen unterzeichneten Bürgerinitiative.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 22. Juni 2011 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Außenpolitischen Ausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Außenpolitischen Ausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 9 betreffend "Aufrechterhaltung und Aufwertung von Betrieb und Infrastruktur der Bahnlinie Oberwart-Friedberg als wichtige Eisenbahnverbindung des Südburgenlands nach Wien" (15.6.2011)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Dipl.-Ing. Wertz Dietrich (überreicht als 31/BI, XXIV. GP)	15.6.2011	22.6.2011 5.10.2011	BMF 6.7.2011 BMVIT 2.8.2011	1.10. - 5.10.2011 7	Zuweisung an den Verkehrsaus-schuss
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs-periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 267	Zuweisung an den Verkehrsaus-schuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese Bürgerinitiative macht sich für die Aufrechterhaltung und Aufwertung der Bahnstrecke zwischen Oberwart und Friedberg stark. Die UnterzeichnerInnen fordern unter anderem eine Aufrechterhaltung des Personenverkehrs auf diesem Streckenabschnitt, die weitere Bereitstellung von durchgehenden Pendlerzügen von Oberwart nach Wien durch das Burgenland, eine Beschleunigung dieser Zugverbindung auf 90 Minuten und ein besseres Service auf der Strecke. Sollte der Personenverkehr zwischen Oberwart und Friedberg eingestellt werden, müssten Pendler entweder in die Ballungszentren auswandern oder auf weniger ökologische und sichere Mobilitätsformen wie Pkw oder Bus umsteigen, heißt es in der Initiative.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 5. Oktober 2011 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Verkehrsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Verkehrsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 11 betr. "Direktwahl der Landes- und Bundesschülervertretung durch die Oberstufenschüler/innen der österreichischen AHS, BMHS und BS" (28.3.2012)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Sedlitzky Dominik (überreicht als 39/BI, XXIV. GP)	28.3.2012	31.5.2012 27.11.2012	BMUKK (20.8.2012)	28.3. - 27.11. 2012 103	Zuweisung an den Unterrichtsaus-schuss
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs-periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 47	Zuweisung an den Unterrichtsaus-schuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese von SchülerInnen des Wiener BRG Schopenhauerstraße initiierte Bürgerinitiative tritt für die Direktwahl der Landes- und Bundesschülervertretung durch die OberstufenschülerInnen der österreichischen AHS, BMHS und BS ein. Nach Ansicht der UnterzeichnerInnen ist das derzeitige System – Wahl durch die SchulsprecherInnen – für die meisten SchülerInnen undurchschaubar, zudem würde ihnen zufolge die Direktwahl der Schülervertretung das Interesse an politischer Bildung und politischer Diskussion steigern und wäre ein gutes Beispiel für gelebte Demokratie.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 27. November 2012 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 13 betr. " 'Barrierefreiheit' als Pflichtfach " (16.8.2012)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellung- nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Dr. Voget Klaus (überreicht als 45/BI, XXIV. GP)	16.8.2012	4.10.2012 27.11.2012	Volksanwalt- schaft (21.9.2012 sic!) BMASK (29.10.2012) BMWf (5.11.2012) BMWfJ (13.11.2012) BMUKK (20.11.2012)	16.8. - 27.11. 2012 33	Zuweisung an den Unterrichtsaus- schuss
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 24	Zuweisung an den Unterrichtsaus- schuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Der Präsident des Österreichischen Zivil-Invalidenverbandes (ÖZIV), Klaus Voget, hat dem Nationalrat diese Bürgerinitiative überreicht, die auf die Einführung eines Pflichtfachs "Barrierefreiheit" für angehende ArchitektInnen, BauingenieurInnen und VertreterInnen anderer bautechnischer Berufe abzielt. Die UnterzeichnerInnen der Initiative drängen darauf, die Lehrpläne an Universitäten, Fachhochschulen und Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) entsprechend zu adaptieren und verweisen in diesem Zusammenhang auch auf Empfehlungen im Nationalen Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen sowie auf Empfehlungen des Baukultur-Beirats.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 27. November 2012 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 15 betr. "die Wiedergutmachung des Unrechts in der Fürsorge- und Heimerziehung" (3.10.2012)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Kaufmann Claudia (überreicht als 50/BI, XXIV. GP)	3.10.2012	27.11.2012 6.3.2013	BMF (21.1.2013) BMASK (15.2.2013) BMJ (28.2.2013)	3.10.2012 - 6.3.2013 365	Zuweisung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	17.12.2013 - 25.3.2014 62	Zuweisung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

In dieser Bürgerinitiative wird daran erinnert, dass in vielen Fürsorge- und Erziehungsheimen Österreichs bis in die 1980er Jahre ein kriminelles Schreckensregiment geherrscht hat. Körperliche Gewalt, sexuelle Misshandlungen, Zwangsarbeit und unmenschliche Demütigungen waren an der Tagesordnung. Zehntausende von Kindern und Jugendlichen erlitten dadurch körperliche und seelische Schäden, die sie für den Rest ihres Lebens zeichnen. Nach Ansicht der Unterstützer der Initiative haftet die Gesellschaft für diesen Seelenmord, der sich jahrzehntelang in ihrer Mitte ereignen konnte. Der Nationalrat wird daher ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Unrecht, das Kindern und Jugendlichen in Fürsorge- und Erziehungsheimen angetan wurde, soweit wie möglich wieder gutgemacht wird. Es werden sodann konkrete Vorschläge gemacht, wie das Verbrechenopfergesetz sowie das ABGB geändert werden sollen, um der speziellen Opfersituation von Kindern und Jugendlichen in Erziehungseinrichtungen besser gerecht werden.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 6. März 2013 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative an den Ausschuss für Arbeit und Soziales des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative an den Ausschuss für Arbeit und Soziales des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 16 betr. "die Erhaltung und Erleichterung der freien Studienwahl" (25.10.2012)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions- ausschuss behandelt	Stellung- nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Stark Kilian (überreicht als 51/BI, XXIV. GP)	25.10.2012	27.11.2012 6.3.2013	BMWF (27.2.2013)	25.10.2012 - 6.3.2013 964	Zuweisung an den Wissenschafts- ausschuss
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs- periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013- 25.3.2014 39	Zuweisung an den Wissenschafts- ausschuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Der Nationalrat wird von den UnterstützerInnen dieser Bürgerinitiative ersucht, Gesetzesinitiativen zu unterlassen, die zu einer Beschränkung des Hochschulzuganges und einer Verringerung der freien Studienwahl führen. Gleichzeitig sollen bestehende Hürden abgeschafft werden, die eine freie Studienwahl erschweren. Durch bessere Studienbedingungen sollten zudem mehr Menschen für ein Hochschulstudium interessiert werden.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 6. März 2013 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Wissenschaftsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Wissenschaftsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 18 betr. "Kampf gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie sowie gegen Homophobie" (22.1.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Karagöz Gülten (überreicht als 57/BI, XXIV. GP)	24.1.2013	6.3.2013 5.6.2013	BMI (10.4.2013) BMJ (21.5.2013) BMUKK (8.5.2013) BMeiA (8.4.2013) BKA-BMFöD (13.5.2013)	24.1. - 5.6.2013 41	Zuweisung an den Ausschuss für Menschen-rechte
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs-periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 68	Zuweisung an den Ausschuss für Menschen-rechte

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Die UnterzeichnerInnen dieser Bürgerinitiative weisen in ihrer Begründung einleitend darauf hin, dass laut Sicherheitsbericht 2011 eine deutliche Zunahme von rechtsextrem und rassistisch motivierten Straftaten festzustellen war. Es gebe auch eine spürbare Radikalisierung in der Gesellschaft, im Internet und in manchen Medien, was immer mehr Menschen motiviert habe, um gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, gegen Antisemitismus und Islamophobie aufzustehen. Die Bürgerinitiative enthält einen umfangreichen Forderungskatalog, der vor allem darauf abzielt, das Gemeinsame vor das Trennende stellen und zu verhindern, dass Integration und Zuwanderung mit Kriminalität in einen Topf geworfen werden. Was die konkreten Anliegen betrifft, so finden sich darunter etwa der Wunsch nach einem bundesweiten Antidiskriminierungsgesetz, die Verpflichtung zu einer fundierten Menschenrechtsausbildung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die Förderung antirassistischer Bildungsinhalte in allen Lehrplänen oder die Schaffung einer Bundesstiftung für aktive Menschen- und Grundrechtsarbeit zur Bekämpfung aller Diskriminierungstatbeständen, die öffentlich zugänglich sein.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 5. Juni 2013 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Menschenrechtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Menschenrechtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 19 betr. "Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches "Politische Bildung" an allen Schulen ab der 7. Schulstufe (3. Hauptschule, Neue Mittelschule oder Gymnasium)" (19.2.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Tanzer Christoph (überreicht als 58/BI, XXIV. GP)	20.2.2013	6.3.2013 5.6.2013	BMUKK (15.4.2013)	20.2. - 5.6.2013 1.193	Zuweisung an den Unterrichts-ausschuss
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs-periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 887	Zuweisung an den Unterrichts-ausschuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese Bürgerinitiative setzt sich für die die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches "Politische Bildung" an allen Schulen ab der 7. Schulstufe (3. Hauptschule, Neue Mittelschule oder Gymnasium) ein. Die flächendeckende Einführung eines solchen Faches würde nach Ansicht der UnterstützerInnen die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass die Jugendlichen besser informiert als bisher zur ersten Wahl schreiten. Zusätzlich würde diese Maßnahme die Politiker- und Demokratieverdrossenheit verringern und die aktive Teilnahme und das Interesse des Volkes am politischen Geschehen erhöhen, heißt es in der Begründung der Bürgerinitiative.

Ausschuss-Beschluss in der XXIV. GP:

In seiner Sitzung am 5. Juni 2013 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 25 betr. "Alle Kinder sind unsere Kinder! betreffend der Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes, damit in Österreich geborene Kinder die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten" (16.5.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Lechner Mario (überreicht als 66/BI, XXIV. GP)	16.5.2013	5.6.2013	Volksanwalt-schaft (28.6.2013) BMI (8.7.2013)	16.5. - 28.10.2013 164	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungs-periode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 21	Zuweisung an den Ausschuss für innere Angelegen-heiten

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Der Nationalrat wird von den Unterstützern einer Bürgerinitiative ersucht, das Staatsbürgerschaftsrecht dahingehend zu ändern, dass Kinder automatisch als ÖsterreicherInnen zur Welt kommen, wenn zumindest ein Elternteil seit mindestens einem Jahr einen ordentlichen Wohnsitz in Österreich hat, und dass Doppel- und Mehrfachstaatsbürgerschaften generell geduldet werden. Österreich müsse anerkennen, dass Kinder, die in diesem Land zur Welt kommen, von Anbeginn an zu diesem Land gehören und Teil dieser Gesellschaft sind. Außerdem sei es kein Widerspruch, Österreicher zu sein und gleichzeitig auch kulturelle Verbindungen zu einem anderen Land zu haben (Doppelstaatsbürgerschaft).

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Ausschuss für innere Angelegenheiten des Nationalrates zuzuweisen.

Bürgerinitiative Nr. 26 betr. "Änderung des Bundesverfassungsgesetzes und Bundesrahmengesetz zur Struktur und Organisationsgestaltung für elementarpädagogische Einrichtungen und Horte" (27.5.2013)					
überreicht durch	Zuweisung	im Petitions-ausschuss behandelt	Stellung-nahmen	elektronische Zustimmung (Zeitraum, Stimmenanzahl)	Art der Erledigung
Foglar Erich (überreicht als 67/BI, XXIV. GP)	27.5.2013	5.6.2013	BMWFJ (1.7.2013) BMUKK (9.8.2013) BKA (26.8.2013)	27.5. - 28.10.2013 1.511	--
Weiterbehandlung in der XXV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates	17.12.2013	25.3.2014	--	29.10.2013 - 25.3.2014 26	Zuweisung Unterrichtsausschuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Ein Bundesrahmengesetz zur Struktur- und Organisationsgestaltung für elementar pädagogische Einrichtungen und Horte, wünschen sich die InitiatorInnen einer Bürgerinitiative, was auch eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung erforderlich machen würde. Die ausführende Gesetzgebung in diesem Bereich – jedenfalls das Personalwesen – sollte aber weiterhin Ländersache bleiben. Das Bundesrahmengesetz müsste "Mindeststandards" hinsichtlich folgender Punkte festlegen: einheitliche Ausbildung und Fortbildung des pädagogischen und des unterstützenden Personals, Vor- und Nachbereitungszeiten sowie Reflexionszeiten innerhalb der Dienstzeit, Erwachsenen-Kind-Schlüssel, Kinderanzahl pro geführter Gruppenform sowie räumliche Erfordernisse (Innen- und Außenbereich).

Beschluss:

In seiner Sitzung am 25. März 2014 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

III. Ausschussantrag

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle den gegenständlichen Bericht hinsichtlich der Petitionen Nr. 3 bis 7 und 20 sowie der Bürgerinitiativen Nr. 1 bis 16, 18 bis 20 sowie 23 bis 41 zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2014 07 01

Hermann Lipitsch

Berichterstatter

Michael Pock

Obmann